

## Ein Senator für Rostock!



Wer die Rostocker Kommunalpolitik beobachtet, wird bemerkt haben, wie in dieser Stadt seit Jahren durch den Oberbürgermeister, seine ansonsten untätige Fraktion in der Bürgerschaft (*Für Rostock*) und lokale Medien (OZ, Warnowkurier) Ressentiments gegen die Parteien geschürt werden. Ein Spiel mit dem Feuer, das letztlich nur eigenen Machtansprüchen nutzen soll. Die notwendig gewordene Neuwahl der Senatoren für die Hansestadt hat ein neues Kapitel in dieser Geschichte eröffnet, an dem auch die CDU mitzuschreiben gedenkt.

Viele Monate hatte die CDU Zeit, einen eigenen Kandidaten zu präsentieren. Nichts passierte. Der Fraktionschef musste gehen. Als die SPD dann einen eigenen Kandidaten vorstellte, der auch bei seinem Auftritt in unserer Fraktion zu überzeugen wusste, ging das Geschrei los. Plötzlich war von Parteienfilz und Kungelei die Rede. Die CDU wird in ihrem Furor unterstützt von der OB-Truppe *Für Rostock* und von Frau Dr. Bachmann (Rostocker Bund). Natürlich lässt auch die Kommunalwahl vom Mai 2014 grüßen. Der Wahlkampf hat längst begonnen.

Von Parteienfilz kann keine Rede sein! Dass die größten Fraktionen auch die Senatoren stellen, ist durch das Kom-

munalwahlergebnis von 2009 legitimiert. Ihr erinnert Euch: DIE LINKE wurde damals die stärkste politische Kraft in Rostock. Das entbindet die Parteien natürlich nicht von der Pflicht, fachlich und persönlich geeignete Kandidaten vorzuschlagen. Vor dieser Herausforderung stand auch unsere Fraktion.

Die Rostocker Linke vertritt seit langem die Position, dass Rostock wieder vier Senatoren benötigt, um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen. Als größte Fraktion in der Bürgerschaft erheben wir den Anspruch, einen der vier Senatoren zu stellen. Im November beschloss die Bürgerschaft, den Senatsbereich Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Sport auszuschreiben. Voraussichtlich im Februar 2014 wird dann ein neuer Senator gewählt. Seit dem 7. November wissen wir, wer für uns ins Rennen geht: Stefan Bockhahn.

*Fortsetzung auf Seite 4*



## In dieser Ausgabe

Seite 2: Editorial

Seite 3: Neujahrsgrüße

Seite 4: GMV Rostock

Seite 5: Bildungsdemonstration

Seite 6-7: Kreisparteitag LRO

Seite 8-9: Landesparteitag

Seite 10: Bürgerschaft

Seite 11 : Regieren?

Seite 12-13: Plattdeutsch

Seite 14 : Demographie

Seite 15 : Edward Snowden

Seite 16 : Axel Troost

Der Landkreis Rostock hat eine neue Kreisvorsitzende: Gerit Losand-Gärber (siehe S. 6). Wir wünschen ihr viel Erfolg und Freude in ihrer neuen Funktion. Noch steht nicht fest, ob auch Steffen Bockhahn die Gelegenheit erhält, neue politische Wege zu beschreiten. Seine Bereitschaft hierzu hat er auf der Gesamtmittgliederversammlung der Rostocker Genossen jedenfalls bekundet. Hier hat jedoch im Februar die Bürgerschaft das letzte Wort.

Hinter der Berichterstattung über die Kreisparteitage darf natürlich der Landesparteitag nicht zurückstehen. Auch über diese Veranstaltung berichten wir ausführlich. In Greifswald wurde deutlich, dass unsere Partei zwar rasant schrumpft, dass wir jedoch talentierten Nachwuchs haben. Das spiegelt sich auch in dieser Ausgabe des Klartext wider, z.B. im Bericht über die Bildungsdemo in Schwerin.

Unser Autor Kurt Kaiser erzählt uns dies-

mal etwas über die Bodenreform. Gerade Bernhard Quandt hat unsere Partei viel zu verdanken. Aufmerksamen Lesern wird nicht entgangen sein, dass sich in Kurts Artikel vom November ein Fehler eingeschlichen hatte. Dafür möchten sich Autor und Redaktion bei den Klartext-Lesern entschuldigen.

Die nächste Ausgabe des Klartext erscheint im Februar 2014.

Ein besinnliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und wie immer viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



## KLARTEXT online

*Anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht am 9. November 2013 erklärte der Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, Helmut Holter:*

„Am 9. November 1938 schlug die Diskriminierung jüdischer Bürgerinnen und Bürger um in offenen Hass und Gewalt. Antisemitismus, Rassismus und Menschenverachtung zeigten sich in ihrer radikalsten Form. Geschäfte, Wohnhäuser und Synagogen wurden geplündert und angezündet. Menschen wurden erniedrigt, verletzt und ermordet. Die Reichspogromnacht markiert den Anfang der systematischen Ermordung der Juden in Deutschland und Europa.

Es etablierte sich ein System aus Menschenhass, Ausbeutung, Erniedrigung, Repression und Mord, das über Europa und die ganze Welt Zerstörung, Elend und unermessliches Leid brachte. An diesem Wochenende gedenken wir diesem wohl dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte. Der 9. November ist ein Tag des Erinnerns und des Mahnens. Er mahnt, dass sich so etwas nie wiederholen darf.

Der 9. November mahnt und erinnert

auch, dass alle Demokratinnen und Demokraten in der Verantwortung stehen, Demokratie und Toleranz zu stärken. Wir alle sind gefordert, Menschenverachtung, Hass, Gewalt und Intoleranz zu ächten und den Boden zu entziehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich rechts-extremistisches Gedankengut weiter ausbreitet, wir alle müssen dem menschenverachtenden Denken und Handeln der rechtsextremen NPD entgegenreten und Einhalt gebieten. Und wir müssen dafür Sorge tragen, dass sie und Ihre Ideologie aus den Parlamenten, von der Straße und aus den Köpfen verschwinden. Gute Perspektiven für alle Menschen, ein weltoffenes Klima, gute Bildung und Kultur sind für eine friedliche tolerante Gesellschaft unabdingbar.“



V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Stephanstraße 17  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan  
Marktstraße 1  
18209 Bad Doberan  
Telefon: 038203-62391  
Telefax: 038203-62180  
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de  
Internet:  
www.die-linke-landkreis-rostock.de.

Geschäftsstelle Güstrow  
Markt 34  
18263 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:  
Peter Möller, Peter Hörnig,  
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,  
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:  
Carsten Penzlin

Druckerei Weidner GmbH  
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan: KNr: 1015583 BLZ: 13061128 Raiffeisenbank	Rostock: KNr: 430002084 BLZ: 13050000 OSPA-Rostock
---	---

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:  
2,00 € pro Monat  
(Spende + Versandkosten)



# Neujahrsgrüße von Wolfgang Methling

Herzlichen Dank für Eure  
engagierte politische Arbeit  
2013 –

auf zu den Wahlkämpfen 2014

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe  
Freundinnen und Freunde,

das Jahr 2013 geht zu Ende. Hinter uns liegt ein Jahr mit außerordentlichen Herausforderungen und Anstrengungen. Von überragender Bedeutung war natürlich die Bundestagswahl, die uns deutschlandweit angesichts der Rahmenbedingungen (Verfasstheit der Gesamtpartei, Auftreten der europakritischen Alternative für Deutschland u. a.) mit 8,6 % ein gutes, aber nicht ein sehr gutes Ergebnis (wie 2009 mit 11,9 %) gebracht hat. Die 64 Abgeordneten im Bundestag bilden jedoch die größte Oppositionsfraktion im Bundestag, woraus sich sogar bessere Chancen für die öffentliche Wahrnehmung der politischen Arbeit und Positionen der LINKEN ergeben. Ich hoffe, dass Gregor Gysi und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter diese nutzen können. Aus Mecklenburg-Vorpommern haben Dietmar Bartsch, unsere Landesvorsitzende Heidrun Bluhm und Kerstin Kassner den Sprung in den Bundestag geschafft. Heidrun Bluhm hat auch in Rostock ein Wahlkreisbüro eingerichtet. Ihre Mitarbeiterin ist Eva-Maria Kröger. Über beides freuen wir uns sehr.

Unser Wahlkampf in Rostock war grandios. Wir sind traurig, dass unser Direktkandidat Steffen Bockhahn das Direktmandat nicht verteidigen konnte, obwohl er gegenüber 2009 nur 163 Erststimmen weniger (30,7 %) erhalten hatte. Die Dominanz der Merkel-CDU (im Wahlkreis 14 kam sie auf 37,9 % der Zweitstimmen, 23,7 % für DIE LINKE) konnten wir auch in Rostock nicht brechen. Steffen hat nicht gegen Peter Stein, sondern gegen Angela Merkel verloren. Sein Erststimmenergebnis lag 7 %, in Rostock sogar 8 % über dem der Partei. Das reichte leider nicht, um den Vorsprung der CDU bei den Zweitstimmen aufzuholen. Wir können aber stolz auf einen beispiellos guten, aktiven und aktivierenden, motivierten und motivierenden, einen echten Mitmach-Wahlkampf des Kreisverbandes, von jungen und alten Genossinnen und Genossen sowie Unterstützern, sein. Neutrale Beobachter und selbst unsere politischen Kontrahenten bestätigten uns ei-

nen sehr guten Wahlkampf. Unsere Wahlkampfmittel (Zeitungen, Flyer, Plakate, Beutel, Karten Aufkleber u. a.) wurden mit unermüdlicher Bereitschaft verteilt. Wir haben die A 1-Plakate mit 25 Teams selbst an die Masten gebracht, 128 Plakatpatenschaften erbrachten 1280 € zusätzlich für den Wahlkampffonds. Dieser großartige Wahlkampf hat den Kreisverband, die neugegründeten Stadtteilverbände und die Basisorganisationen auch für weitere politische Herausforderungen motiviert und aktiviert. Darauf können wir für die Vorbereitung der Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 aufbauen. Ich danke Steffen Bockhahn für seine vierjährige engagierte, öffentlich wahrgenommene Arbeit im Deutschen Bundestag und seinen beispielhaften Wahlkampf, ich danke Eva-Maria Kröger und allen Genossinnen und Genossen, den parteilosen Unterstützern, den Helfern aus Berlin, allen nicht genannten jungen und nicht mehr ganz so jungen aktiven Wahlkämpfern!

Unsere Trauer darüber, dass Steffen uns nicht wieder im Bundestag vertreten kann, mischt sich mit der Freude, dass er auf unserer Gesamtmittgliederversammlung am 7. November seine Bereitschaft zur Bewerbung als Sozialsenator der Hansestadt erklärt hat. Wir sind optimistisch, dass eine Mehrheit der Rostocker Bürgerschaft Steffen als Senator wählen wird. Das kann uns auch den notwendigen Schwung für den Kampf um die Mandate in der Rostocker Bürgerschaft bringen.



Das Rostocker Stadtgebiet wird in fünf Wahlbereiche aufgeteilt. Für jeden Wahlbereich können und sollten wir jeweils 14 Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen. Der Kreisvorstand und die Bürgerschaftsfraktion werden sich in einer Klausurberatung am 7. Dezember mit der Vorbereitung der Bürgerschaftswahl (Wahlprogramm, Kandidaturen) beschäftigen. In zwei aktivierenden und motivierenden Workshops im November (mit großer Beteiligung vor allem junger Parteimitglieder) haben wir dafür die Grundlage geschaffen. Natürlich werden wir in den Vordergrund unseres Wahlkampfes soziale, kulturelle und Bildungsprojekte stellen. Ich würde mich besonders freuen, wenn auch ökologische und basisdemokratische Projekte unser Profil bestimmen würden. Am 1. Februar 2014 wollen wir auf einer Gesamtmittgliederversammlung die Kandidatenlisten beschließen. Am 1. März werden wir auf einem Kreisparteitag unser Kommunalwahlprogramm verabschieden und einen neuen Kreisvorstand wählen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe  
Freundinnen und Freunde,

an der Schwelle zum neuen Jahr 2014 möchte ich mich im Namen des Kreisvorstandes für Euer vielfach bewiesenes politisches Engagement, für Euer großartigen Einsatz im Bundestagswahlkampf, für die aktive Arbeit in der Rostocker Bürgerschaft und in den Ortsbeiräten, in Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen herzlich bedanken. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch im neuen Jahr in großer Gemeinsamkeit alles dafür tun werden, mit linken Grundüberzeugungen das politische Leben in Rostock und darüber hinaus zu bereichern.

Ich wünsche Euch und Ihnen geruhsame Feiertage, Gesundheit und Wohlergehen.

*Wolfgang Methling  
Kreisvorsitzender  
DIE LINKE. Hansestadt Rostock*



# Gesamtmitgliederversammlung Rostock

Fortsetzung von Seite 1

Genosse Bockhahn hatte den passenden Rahmen für die Verkündung seiner Entscheidung gewählt, nämlich eine Gesamtmitgliederversammlung, an der etwa 200 Genossinnen und Genossen teilnahmen. Nachdem der Wiedereinzug in den Bundestag nicht geglückt war, hatte Steffen einige Optionen für seine berufliche Zukunft geprüft und sich schließlich dafür entschieden, hier zu bleiben: „Rostock ist meine Stadt.“ Eine bessere Ausstattung der Schulen und eine effizientere Verteilung der Kita-Plätze – das sind nur einige der Vorstellungen, die er als Senator politisch umsetzen möchte. Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages konnte er sich bereits ausführlich mit seinem künftigen Tätigkeitsfeld auseinandersetzen.



Der eigentliche Anlass der Gesamtmitgliederversammlung geriet angesichts der Neuigkeiten aber nicht in den Hintergrund. Für den kommenden Bundesparteitag sowie für die Vertreterversammlung zur Aufstellung der Liste für die Europawahl im Mai 2014 mussten die Delegierten des Rostocker Kreisverbandes gewählt werden. Dank einiger Fragen aus dem Publikum gab es eine lebhaftere Debatte zu Militäreinsätzen mit UN-Mandat und zur Frage, wie weit die Kritik an der EU gehen sollte. Steffen Bockhahn und der anwesende Europaabgeordnete Helmut Scholz warnten davor, den Populisten der AfD hinterherzulaufen. Hingegen forderte René Henze in seiner spontanen Bewerbung eine schärfere EU-Kritik; man solle „gegen die Sch... kämpfen“. Ralf Malachowski forderte ein anderes Freihandelsabkommen. Zu Delegierten gewählt wurden schließlich Ida Schillen, Angela Pfefferkorn, Petra Liebke, Steffen Bockhahn, Hikmat al-Sabty und Nico Burmeister.

LINKE-Landesvorsitzende Heidrun Bluhm richtete ein Grußwort an die Versammelten. Sie wird künftig den Wahlkreis betreuen. Ihre Mitarbeiterin in Rostock ist Eva-Maria Kröger,

die ihrerseits als Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft Bericht erstattete. Sie kritisierte die Theaterpolitik des SPD-Bildungsministers Brodkorb als undemokratisch, willkürlich und kulturfeindlich. Auf großes Interesse stieß auch ihre Aussage, dass die Bebauung des Neuen Marktes für die Linksfraktion noch nicht beschlossene Sache sei, obwohl OB und Ostsee-Zeitung gerne einen gegenteiligen Eindruck erwecken. Sie vermisse die Nordkante nicht, erklärte Eva.

Vier Stunden dauerte die Gesamtmitgliederversammlung. Aufgrund der hohen Teilnehmerzahl und unterschiedlicher Satzungsauslegungen lief bei den Wahlen nicht alles glatt, was im Kreisvorstand selbstkritisch ausgewertet wurde. Trotzdem wurde die Veranstaltung als sehr gelungen eingeschätzt. Bereits Ende Januar/Anfang Februar 2014 wird es die nächste Gesamtmitgliederversammlung geben: Dann werden wir die Listen für die Kommunalwahl aufstellen.

*Text: Carsten Penzlin; Fotos: Karsten Steffen*

*P.S.: Der Kreisvorstand fasste auf seiner Sitzung vom 5. November den Beschluss, die Kandidatur des Europaabgeordneten Helmut Scholz für die Listenaufstellung zur Europawahl zu unterstützen. Damit folgte der Kreisvorstand der Empfehlung des Landesvorstandes. Derzeit wird DIE LINKE im Europaparlament durch acht Abgeordnete vertreten. Helmut Scholz unterhält in Rostock-Reuthagen ein Wahlkreisbüro.*

*Vielen wird die letzte Rostocker Gesamtmitgliederversammlung im Nordlicht noch in Erinnerung sein. Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit auf der Mitgliederversammlung zog Nico Burmeister seinen Redebeitrag zurück, um die Veranstaltung nicht weiter in die Länge zu ziehen. Nun dafür hier sein Redebeitrag.*

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben in den vergangenen Monaten viel gehört über die neue Hochschulgruppe SDS und die Universität. Bei aller Freude über eine linke Hochschulgruppe und der Wichtigkeit linke Politik in die Universität zu tragen, vergessen wir leider eine andere Gruppe junger Menschen, die sogar einen wesentlich größeren – und damit wichtigeren – Teil der Jugend umfasst.

Ich selbst studiere auch, ich kenne die Probleme und Vorzüge, die das Studierendenleben mit sich bringt. Vor meinem Studium habe ich eine Ausbildung gemacht und aus eigener Erfahrung kann ich sagen:

Die Probleme, mit denen ein Auszubildender zu kämpfen hat, sind ungleich größer und ungleich existenzbedrohender als die Schwierigkeiten eines Studierenden. Unbezahlte Überstunden, sogenannte „ausbildungsfremde“ Tätigkeiten – also Dinge, die nicht ein Lehrling machen soll, die aber gar nicht zu seiner Ausbildung gehören –, ein Stundenlohn, der das Wort „Lohn“ geradezu verhöhnt, Unsicherheit überhaupt irgend eine Arbeit nach der Lehre zu bekommen – all das sind nur einige Beispiele von Problemen, mit denen sich Azubis heute herumschlagen müssen.

Oft fühlen sich Lehrlinge alleine gelassen mit ihren Sorgen. Kein Wunder: kaum jemand kümmert sich noch um die Belange von Auszubildenden. Selbst die Gewerkschaften ziehen sich immer weiter aus den Berufsschulen zurück. Die Folge: junge Menschen wenden sich ab von der Gesellschaft und verlieren das Vertrauen in die Politik. Gleichzeitig verteilt die NPD regelmäßig vor Schulen und Berufsschulen sogenannten „Schulhof“-CD's und Flugblätter, in denen sie gegen alles und jeden hetzen, der nicht in das engstirnige Weltbild der Nazis passt.

Das Ergebnis dieser Entwicklung sieht wie folgt aus: in meiner Berufsschulklasse wählten bei einer Umfrage im Jahr 2011 nach eigenen Angaben über ein Drittel der Schüler\_Innen regelmäßig die NPD, die Mehrheit geht überhaupt nicht mehr



Wahlen und interessiert sich auch nicht für Politik. Ein Drittel NPD-Wähler – das passiert hier in Rostock, nicht irgendwo in Vorpommern.

Wir müssen uns in Zukunft viel stärker um die Belange von Lehrlingen kümmern. Dazu gehört die Forderung nach einer garantierten Übernahme nach der Ausbildung im Betrieb genauso dazu wie ein Mindestlohn, von dem man als Auszubildender leben kann. Ein junger Mensch,

der 40 Stunden die Woche und länger hart arbeitet und lernt, muss von dem Geld was er verdient, auch leben können.

Wir dürfen die Ängste und Sorgen junger Menschen nicht ignorieren. Im Gegenteil: wir müssen ihnen zuhören und sie einladen, mit uns als LINKE die Probleme anzugehen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Vorbereitungen für die nächsten Wah-

len laufen bereits. Lasst uns die Rechte von Lehrlingen und Auszubildenden künftig zu einem zentralen Thema machen. Lasst uns zeigen, dass uns Azubis nicht egal sind!

Eins ist klar, liebe Genossinnen und Genossen – und den Satz kennt ihr alle – soziale Gerechtigkeit gibt es nur

MIT UNS!

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit

## Bildungsdemonstration in Schwerin - Ein Placebo gegen Studienfrust

Die Technik veraltet, der Putz bröckelt in teils schimmelligen Hörsälen, die Kurse hoffnungslos überfüllt: Alltag an den Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern. Ein qualitativ gutes Studieren ist so nicht mehr möglich. Im Bildungsetat der Landesregierung klafft jedoch ein großes, schwarzes Loch, eine Lösung scheint in weiter Ferne. Diese untragbaren Zustände veranlassten immerhin 3000 Studierende aus ganz Mecklenburg-Vorpommern dazu, sich an der vom AstA organisierten Bildungsdemo gegen diese Zustände zu wehren. Die Demo, die am 05.11.2013 in Schwerin stattfand, endete in der Eingabe einer Petition, welche der Regierung MVs auftrag, die fehlenden 60 Millionen Euro für den Grundbedarf der Universitäten allein für das kommende Jahr zu bewilligen. Hierbei ist die Feststellung wichtig, dass diese 60 Millionen Euro benötigt werden, um den Status quo aufrechtzuerhalten. Von dieser Summe ist noch kein zusätzlicher Dozent eingestellt, keine Sanitäranlage renoviert, kein kaputter Polylux gewechselt. Im Umkehrschluss bedeutet jeder bewilligte Betrag unterhalb dieser 60-Millionen-Grenze vor allem einen weiteren Abbau an Lehrstellen, was die ohnehin schon prekäre Lage an den Universitäten weiter verschärfen würde.

Die Bewilligung dieser Summe war das erklärte Ziel der Protestierenden, mit denen sich auch die Mitglieder der Hochschulgruppe DIE LINKE.SDS solidarisierten. Es wurde aber zunehmend deutlich, dass diese als parteipolitisch neutral proklamierte Veranstaltung fest in den Händen der Jusos und anderer SPD-naher Vereinigungen war. Die Mitglieder des SDS waren die einzigen Demonstranten, welche die Ausflüchte des Bildungsminister Brodkrobs als solche erkannten und diese Meinung auch lautstark vertraten. Herr Brodkorb,

wie auch andere Vertreter der Landesregierung, die zu den Demonstranten sprachen, wurden nicht müde zu betonen, dass sie mit ihnen sympathisieren und einzig und allein das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik schuld an der Misere sei. Wenn man sie ihm gäbe, würde Herr Brodkorb gerne die ein oder andere Million locker machen. Zwar gehört dieses Verbot, dass es dem Bund untersagt über bestehende Verpflichtungen hinaus Finanzmittel für die Bildung bereitzustellen, tatsächlich abgeschafft, aber die Mantra artige Wiederholung dieses Umstandes seitens des Ministers sollte wohl vor allem dazu dienen die Verantwortung für das persönliche Versagen weit von sich zu weisen. Weiterhin versuchte er den Eindruck zu erwecken, als sei es ihm gelungen, in zähen Verhandlungen rund 20 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln für die Hochschulen zu erstreiten. Diese Aussage erweist sich bei näherer Betrachtung als Placebo.

stellt, muss mit einem weiteren Euro von Landesseite gegenfinanziert werden. MV war mit eben jener Gegenfinanzierung überfällig. Wären diese Mittel jetzt nicht bereitgestellt worden, hätte man genau diese Summe an den Bund zurücküberweisen müssen. Das Nachkommen dieser Verpflichtungen jetzt propagandistisch zum großen Erfolg umzudeuten, ist in seinem Zynismus kaum mehr zu überbieten. Desweiteren fehlen immer noch 40 Millionen Euro, was bedeutet, dass die Zustände sich weiter verschlechtern werden. Diese Einsicht ging aber leider im allgemeinem Jubel der SPD-nahen Claqueure ob des grandiosen Erfolgs ihres Protestes unter.

Christian Albrecht  
Hochschulgruppensprecher  
Die Linke.SDS Rostock



Die so angepriesenen Mittel sind lediglich ausstehende Gelder aus der Gegenfinanzierung des Hochschulpaktes. Jeder Euro, den der Bund für Hochschulbildung bereit-



# Neujahrsgrüße Gerit Losand-Gärber

Liebe Genossinnen und Genossen!  
Werte Einwohnerinnen und Einwohner!

Das Jahr 2013 neigt sich seinem Ende entgegen und einige unter uns werden sich fragen, wo es denn geblieben ist. Andere wiederum sind froh, dass es zu Ende ist. Jeder hat seine Erfahrungen gesammelt, wie eng Glück und Leid beieinander liegen. Wir, als Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE, haben uns auch in diesem Jahr auf den unterschiedlichsten Gebieten dafür eingesetzt, das Leben ein Stück gerechter zu gestalten.

Gleichzeitig mit der Bundestagswahl am 22. September diesen Jahres wurden die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landkreises Rostock an die Wahlurnen gerufen, um eine Landrätin oder einen Landrat zu wählen. Auch wenn die Wahlergebnisse für unseren Landratskandidaten Andreas Reinke nicht ausreichten, so haben wir anschaulich bewiesen, dass DIE LINKE

über geeignete Menschen und realistische Politikangebote für eine menschlichere, lebensbejahende Gesellschaft verfügt.

Das vor uns liegende Jahr 2014 stellt wie-



derum große Anforderungen an die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei.

Nicht nur die Europa- und Kommunalwahlen werden eine große Herausforderung an unsere Mitglieder, z.B. bei der Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten bis hin zum aktiven Wahlkampf, sein.

Auch viele historische Ereignisse werfen für das Jahr 2014 ihre Schatten voraus. Der 65. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wird höchstwahrscheinlich ebenso für populistische Anfeindungen gegenüber unserer Partei genutzt, wie z.B. die 25. Wiederkehr der Übernahme der DDR in die BRD.

Ich bedanke mich für die im Jahr 2013 im Sinne unserer Partei geleistete Arbeit.

Ich wünsche erholsame Weihnachtsfeiertage und für das neue Jahr Gesundheit sowie Kraft für den gemeinsamen Kampf um unsere Ideale.

Gerit Losand-Gärber (Vorsitzende DIE LINKE.Kreisverband Landkreis Rostock)

## Kreisparteitag im Landkreis Rostock

Am Samstag, den 16. November 2013 ab 09.00 Uhr fand die 1. Tagung des 2. Kreisparteitages in Güstrow im Bürgerhaus, Sonnenplatz 1 statt. Die amtierende Vorsitzende Gerit Losand-Gärber berichtete in kurzen Ausführungen über die Leistungen der Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Landkreis Rostock. Heike Müller berichtete in ihren Ausführungen über die Einnahmen- und Ausgabensituation im Kreisverband und die Ausgaben im Wahlkampf. Höhepunkt des Parteitages war die Wahl der neuen Kreisvorsitzenden, Gerit Losand-Gärber. Gerit Losand-Gärber ist 41 Jahre, Sonderpädagogin und hat 6 Kinder. Als kommende Aufgabe sieht sie zum Beispiel ein mobiles Wahlbüro, die Realisierung eines Facebook-Accounts für den Kreisverband und die bevorstehende Kommunalwahl.

Es wurde die Kreissatzung mit einigen Änderungen beschlossen. Karin Schmidt sprach in ihrer Rede von der vergangenen Landratswahl und einer schlechten Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen. Sie sprach davon, dass es auch im Kreistag eine starke linke Fraktion gibt und im nächsten Jahr auch wieder geben wird. Auch sind noch nicht alle Satzungen des Kreises angeglichen, so Schmidt.

Heidrun Bluhm gab eine Wahlauswertung und Wahlanalyse zu den letzten Wahlen. „Wir sind die größte Oppositionspartei und müssen alternative Lösungen haben“, so Bluhm. „Wir müssen weiterhin beobachten, wieweit die AfD nach rechts rückt“, so Heidrun Bluhm weiter. Zur Europawahl sagte sie: Ja zu Europa, aber ein anderes Europa. Zu den Aufgaben der Partei im nächsten Jahr zählt H. Bluhm die Kommunalwahl mit einem Jungwahlkampf und die Mitgliedergewinnung.

*Christian Teske*

Es erfolgten folgende Wahlen:

Kreisvorsitzende: Gerit Losand Gärber

Schatzmeisterin: Heike Müller

weitere Mitglieder des Kreisvorstandes:

- Christane Butz,
- Lutz Hänsel
- Peter Hörnig
- Renaldo Kroeger
- Kerstin Neuber,

- Birgit Runge,
- Karin Schmidt,
- Birgit Schwebs,
- Peter Möller,
- Christoph Küsters,
- Christian Teske

Kreisfinanzrevisionskommission:

- Sigrid Bolduan,
- Renate Linder,
- Dieter Müller,
- Manfred Schwarz

Delegierte Bundesparteitag und die Bundesvertreterversammlung

- Karin Schmidt,
- Birgit Schwebs,
- Gerit Losand-Gärber,
- Dr. Christoph Küsters

# Kreisparteitag im Landkreis: Eine gute Wahl



entlastet.

Leidiges Thema: Finanzen. Unsere Schatzmeisterin holte uns schnell von der Freude ins wirkliche (Partei-)leben zurück. Die Einnahmen in allen Positionen müssen erkennbar erhöht werden, parallel dazu sind die Ausgaben wo immer es möglich scheint zu reduzieren. Nun haben wir ja bereits in den vergangenen Jahren nicht gerade

aus dem Vollen geschöpft, aber das reicht eben noch nicht aus. So schmerzlich es ist, wir werden unsere Präsenz in Bad Doberan reduzieren müssen und dennoch eine Ansprechstelle für unsere Mitglieder und interessierte Bürger erhalten.

Neben der neuen Vorsitzenden gab es ja auch noch einen neuen Kreisvorstand für die kommenden zwei Jahre zu wählen. Hier waren unsere Delegierten (gut so!) gezwungen, eine Auswahl zu treffen, weil es mehr Bewerber als Plätze im Kreisvorstand gab. Am besten schnitt bei der Wahl unsere „Schatzmausi“ (Schatzmeisterin, die Red.) ab, sie erhielt 100% Zustimmung. Nicht nur, weil wir alle froh waren, daß sie bereit war diese Aufgabe zu übernehmen. Und es gibt zwei „Neue“ unter den Kreisvorstandsmitgliedern, die beide zur unteren Hälfte der Alterspyramide unserer Partei gehören. Sie werden sich demnächst hier vorstellen.

Unterm Strich: Aufgabe erfüllt, große Anforderungen an den neuen Kreisvorstand: Europa- und Kommunalwahlen 2014!

*Peter Möller*

Wir haben wieder „Ordnung im Kreisverband“ könnte man meinen, nachdem wir am 16. Oktober eine neue Kreisvorsitzende gewählt haben und damit die Zeit der Doppelspitze aus Gerit Losand-Gerber und Christoph Küsters endete. Dabei hatte die „Unordnung“ in den Monaten zuvor ausgezeichnet funktioniert. Bundestagswahl und Landratswahl waren absolviert und besonders dank Gerits Wahlkampfleitung gelang ein so gutes Ergebnis, mit dem wohl niemand wirklich gerechnet hatte.

Noch einmal wurde die Überzeugung bekräftigt, dass der Beschluß des Kreisvorstandes zum Verhalten bei der Stichwahl richtig war. Beide Kandidaten haben sich zu den von uns gestellten Fragen öffentlich geäußert, nun ist vor allen Dingen unsere Kreistagsfraktion in der Pflicht, den neuen Landrat beim Wort zu nehmen.

Der alte Kreisvorstand wurde einmütig



## Kommunalwahl in Bad Doberan

Bad Doberan gab den Startschuss für das Kommunalwahljahr 2014. Am 17.11.2013 waren 9855 Bad Doberaner aufgerufen, eine neue Stadtvertretung zu wählen. Mit einer Wahlbeteiligung von knapp 36% zeigten aber nur wenige Bürger Interesse an der Stadtvertreterwahl.

Der Tourismusbund (6,37%) und Handwerk und Gewerbe Plus (6,85%) erhalten beide jeweils 2 Sitze. Mit einem Sitz vertreten sind die FDP (4,61%) und die NDP (3,41%). Die Linke wird nun in der Stadtvertretung von G. Heimann, M. Schneider und N. Arndt vertreten.

nicht nur Bürger\_innen überzeugen uns zu wählen, sondern auch Sympathisant\_innen und Mitglieder der Partei gewinnen, die sich für die Linke aufstellen lassen.

*Nico Arndt*

Insgesamt gab es 25 Sitze zu vergeben. Die meisten Stimmen erhielt die SPD (14,91%, 4 Sitze), dicht gefolgt von der LINKEN (14,36%, 3 Sitze) und der „Unabhängigen Doberaner Initiative“ (13,00%, 3 Sitze). Der Einzelbewerber Arenz verbuchte 12,05% und belegt so 3 Sitze. Die CDU (11,82%) und der Bürgerbund (11,19%) haben in der neuen Stadtvertretung nun auch 3 Sitze.

Während andere Parteien und Bündnisse zahlreiche Personen auf ihren Kandidatenlisten verzeichnen konnten, musste sich die Linke in Bad Doberan auf 5 Bewerber\_innen beschränken. Dabei ist es besonders wichtig, dass die Linke auch auf kommunaler Ebene stark vertreten ist, gerade im Hinblick auf das Kommunalwahljahr 2014. Aus diesem Grund müssen wir





# Landesparteitag in Greifswald



Arbeit künftig mehr zu unterstützen und erinnerte an die lebhaften Debatten der 90er Jahre. Danach hätten personalpolitische Fragen und Auseinandersetzungen zwischen den Strömungen Überhand gewonnen.

Ein paar inhaltliche Impulse gingen dann aber doch von Greifswald aus. So unterstützt DIE LINKE ein Volksbegehren zum Erhalt der Gerichtsstandorte in Mecklen-

burg-Vorpommern. Der Parteitag erklärte sich solidarisch mit den Beschäftigten des Einzelhandels, die sich derzeit in Tarifverhandlungen befinden sowie mit den Beschäftigten der Stralsunder Volkswerft. Die Delegierten forderten eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen und die Beendigung der prekären Beschäftigung von Wissenschaftlern im akademischen Mittelbau.



Die Neuwahl des Landesvorstandes ist eine kleine Zäsur. Die seit vielen Jahren im Gremium aktiven Angelika Gramkow und Peter Ritter verzichteten genauso auf eine Kandidatur wie der stv. Landesvorsitzende Torsten Koplin, was von vielen Delegierten besonders bedauert wurde. Heidrun Bluhm erhielt bei ihrer Wiederwahl 84,6 % der Stimmen. Stellvertreter sind Jeannine Rösler (Landtagsabgeordnete), Björn Griese (Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle) sowie der 24-jährige Student André Walther, der von Heidrun Bluhm persönlich um die Kandidatur gebeten wurde. Bleibt die Frage, ob es klug ist, jungen Genossen eine derart große Verantwortung aufzulegen. Außerdem liegt der Altersdurchschnitt des neuen Landesvorstandes um Längen unter dem des Landesverbandes (68 Jahre). Wird Seniorenpolitik trotzdem einen hohen Stellenwert im Gremium ha-

ben? Karl-Ludwig Spengler (Vors. der LAG Senioren) forderte in einem Redebeitrag eine bessere Qualifizierung der Parteimitglieder zur seniorenpolitischen Arbeit. Es wird sich zeigen, welchen Beitrag der Landesvorstand hierzu leisten kann.

Besonders erfreulich aus Rostocker Sicht: Im Landesvorstand sind wir künftig durch vier Mitglieder vertreten. So erhielt Ralf Malachowski ein deutlich besseres Ergebnis (70%) als noch vor zwei Jahren - nicht nur dank zahlreicher Fürsprachen, sondern auch als Lohn für seine konstruktive Mitarbeit im Gremium. Auch Hikmat al-Sabty ist wieder im Landesvorstand vertreten - das war nun keine Überraschung. Anders als bei Marcel Eggert (23 Jahre) und Sandro Smolka (24 Jahre). Beide Rostocker sind im Landesverband noch ziemlich unbekannt, konnten die Delegierten aber mit ihren furiosen Auftritten überzeugen. Aus dem Landkreis Rostock wurde Bernd Losand mit einem sehr guten Ergebnis in

den Landesvorstand gewählt, wo er sich vor allem um agrarpolitische Fragen kümmern möchte. Gudrun Pach wird sich insbesondere der Sozialpolitik widmen. Christian Teske verzichtete schließlich auf seine Kandidatur, um sich auf andere Aufgaben zu konzentrieren. Seit Kurzem ist er stv. Vorsitzender der LAG Junge Fraktion.

Der Kreisverband Rostock brachte einen Antrag und einen Änderungsantrag in den Parteitag ein. Im Antrag ging es um die Vergabe von Aufträgen unserer Partei, z.B. beim Druck von Wahlmaterial. Nur Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern, und nur solche, die ökologisch arbeiten und gute Löhne zahlen, sollen Aufträge erhalten, um auf diese Weise regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Das ist nicht immer möglich, klar definierte Ausnahmen sollten deshalb zugelassen werden. Die Landesschatzmeisterin meinte, die Umsetzung des Antrages werde zu teuer. Antrag abgelehnt!

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*



Der Kreisverband Rostock brachte daneben auch einen Änderungsantrag zum Kommunikationskonzept ein. Dieses maßgeblich von der LAG Innerparteiliche Kommunikation erarbeitete Konzept soll sowohl die innerparteiliche Verständigung als auch die Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN optimieren (der Klartext wird in einer der nächsten Ausgaben ausführlicher darauf eingehen). Unser Änderungsantrag sollte das Konzept dahingehend ergänzen, dass die Landtagsfraktion regelmäßig kompakte Berichte über alle Aspekte ihrer Arbeit zur Veröffentlichung in den Mitgliederzeitungen des Landesverbandes bereitstellt - am besten in Form einer kritischen Reflexion über das eigene Tun. Zwar berichten die Abgeordneten in den Basisorganisationen und bei anderen Gelegenheiten über ihre Arbeit, aber damit werden bei weitem nicht alle Genoss\_innen erreicht. Der Landesvorstand sprach sich gegen den Antrag aus, u.a. mit dem Argument, dass es bereits im Internet einen Pool mit Berichten gebe, aus dem sich die Redakteure der Mitgliederzeitungen bedienen könnten. Damit wurde vor den Delegierten der Eindruck erweckt, das im Antrag beschriebene Problem sei ja schon gelöst. Eine knappe Mehrheit des Parteita-

ges stimmte schließlich gegen den Antrag des Rostocker Kreisverbandes, darunter auch die beiden Rostocker Landtagsabgeordneten. Tatsächlich befinden sich im Pool (Stand 25.11.) neben einem Artikel zum 17. Juni 1953 drei Pressemitteilungen aus dem Mai 2013. Umso wichtiger war unser Antrag! Abgelehnt!



Auch der Jugendverband Solid konnte sich nicht mit seinem Antrag durchsetzen, die Linksjugend in MV künftig mit einem Budget in Höhe von mindestens 1 % der Beitragseinnahmen auszustatten. Das wäre eine Verdoppelung der bisherigen Mittel gewesen, wobei der Jugendverband im Vergleich zu anderen Landesverbänden

deutlich unterfinanziert ist.

Ein Höhepunkt des Parteitages war die Rede von Petra Pau, Vizepräsidentin des Bundestages. Sie erklärte, warum eine Große Koalition schlecht für die Demokratie ist. Es sei Betrug am Wähler, den Bundestag nicht einzuberufen, nur weil die Koalitionsverhandlungen noch nicht

abgeschlossen seien. Ausführlich ging Petra auf das NSU-Desaster ein. Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der EU nimmt zu hier muss sich unsere Partei solidarisch zeigen. Im Hinblick auf den NSA-Abhörskandal kritisierte Petra Pau die herrschende Doppelmoral: Einerseits werden die DDR-Bürgerrechtler in den Himmel gelobt, während andererseits heute westliche

Bürgerrechtler wie Edward Snowden nicht unterstützt werden.

*Text: Carsten Penzlin; Fotos: Björn Griese*

## Peter Möllers Sicht auf den Landesparteitag

Ein Erfolg stand schon vor Beginn des Landesparteitages fest: Es gibt eine erneuerte konstruktiv dominierte Offenheit in der innerparteilichen Kommunikation. Das ist (neben jedem Einzelnen von uns) der LAG Innerparteiliche Kommunikation zu verdanken. Das ist eine der Aussagen unserer wiedergewählten Landesvorsitzenden. Was sie nicht erwähnte war, daß sie selbst mit ihrer aufmerksamen und moderierenden Art der Führung des Landesverbandes daran einen hohen persönlichen Anteil hat. Heidrun Bluhm zog eine gute Bilanz der letzten Monate ohne kritische Anmerkungen auszusparen. Ihrer Einschätzung der Bundestagswahlen kann man nur zustimmen. Die fehlende Wechselstimmung in der BRD insgesamt ließ für uns kaum bessere Ergebnisse zu.

Die bei den anderen Parteien vorherrschende Kluft zwischen Wahlaussagen und späterer Realpolitik wird von vielen Wählern nicht intensiv wahrgenommen. Umso wichtiger für uns, jede Gleichsetzung mit den anderen zu unterbinden. Wir müssen den Wählern viel mehr als bisher vermitteln, daß nicht die Jagd nach gutbezahlten Posten sondern der Wille im Land etwas

zu Gunsten seiner Bewohner zu verändern für uns im Vordergrund steht. Dazu gehört nach wie vor die Arbeit im Kleinen, vor Ort.

Der Einbruch bei den Zweitstimmen ist z.T. sicher darauf zurückzuführen, daß inhaltlich konkrete Angebote zu den meisten Politikfeldern von den Wählern nicht als „Original Linke“ wahrgenommen werden. Gesetzlicher Mindestlohn wird von den meisten Menschen im Land reflexartig mit „SPD“ übersetzt. Kaum jemand erinnert sich daran, daß wir vor Jahren diese Debatte in Gang gesetzt haben. Unsere Schlußfolgerung kann ja aber nun nicht Wählerschelte sein. Denn wir wollen ja nicht unsere „Rechte“ an politischen Debatten sichern, sondern Veränderungen für die Menschen im Land erreichen. Schlußfolgerung kann also nur sein, unser wirklich einziges verbliebenes Alleinstellungsmerkmal – Friedenspolitik ohne Wenn und Aber – in den Mittelpunkt zu stellen. Jede noch so winzige Relativierung dieser Position wäre nach meiner Auffassung der Anfang vom Ende für uns als Partei, die aus gutem Grund anders ist als alle anderen. Das muß unser „Türöffner“ sein, um auch über die anderen Politikfelder ins Gespräch zu

kommen.

Bei der Wahl des neuen Landesvorstandes stießen wir – ich meine zum ersten Mal – an die Grenzen unserer seit zwanzig Jahren betriebenen Quotierungspolitik. Es fehlte eine Quotenfrau bei den Bewerberinnen. Dennoch haben wir mit dem weiblichen Teil des neuen Landesvorstandes wohl eine gute Wahl getroffen. Bei den „Gemischten“ (also den männlichen Bewerbern) mußten wir eine Auswahl treffen. Die Mischung scheint aber ganz gut gelungen zu sein. Wir werden in den kommenden beiden Jahren merken wie sich unsere Erwartungen erfüllen.

Zwei „Kleinigkeiten“ möchte ich noch anmerken, die im Gesamtverlauf des Parteitages wenig wahrgenommen wurden. Christa Labouvie forderte: Regierungsbeteiligung grundsätzlich nur nach Mitgliederentscheid. Die höchste Zustimmung bei allen Wahlen auf diesem Parteitag erhielt mit 96,1% Peter Hörnig bei seiner Wahl in den Bundesausschuß.

*Peter Möller*



# Aus der Rostocker Bürgerschaft

Auf der November-Sitzung der Bürger-schaft wurde der Antrag der LINKEN mehrheitlich beschlossen, allen Leistungsempfänger/innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine Krankenversicherungskarte zur Verfügung zu stellen. Damit wird gewährleistet, dass im Krankheitsfall schnell und unbürokratisch medizinische Hilfe geleistet werden kann. Denn zur Zeit muss vor einem Arztbesuch erst ein Behandlungsschein beantragt und amtlich ausgestellt werden. „Das jetzige Verfahren ist zu bürokratisch und dazu noch unmenschlich. Wer krank ist, hat ein Recht auf Hilfe. Sich ins Amt zu setzen und um Behandlung bitten zu müssen, ist unwürdig“, sagt die Fraktionsvorsitzende Eva-Maria Kröger. Der Oberbürgermeister ist gegen diese Entscheidung in Widerspruch gegangen.

Die LINKE hatte im November die Initiative ergriffen und gemeinsam mit anderen Bürgerschaftsfraktionen die von der Verwaltung geplanten extremen Gebührenerhöhungen für die Straßenreinigung zurückgewiesen. Nach dem Plan der Verwaltung sollten die Gebühren zum Teil um bis zu 78 Prozent steigen. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, eine neue Gebührenkalkulation vorzulegen und die zusätzlichen Leistungen für drei Handreiniger, einen Radwegewart und einen Abfallsauger nicht auf die Gebührenzahler umzulegen. Kostenpunkt: 230.000 Euro.

Die Zusatzleistungen sollen nach dem Willen der Bürgerschaft aus der Stadtkasse bezahlt werden. Dafür gibt es nach vier Steuererhöhungsbeschlüssen auch genug Spielraum, so Eva-Maria Kröger: „Wir haben in diesem Jahr dazu Beschlüsse gefasst, die insgesamt knapp 3,8 Mio. Euro

mehr in die Stadtkasse bringen werden. Wir sind bei den kommunalen Steuern fast an der Grenze des Erträglichen. Davon soll auch ein Teil an die Einwohner zurückfließen. Die Kosten dieser wichtigen Zusatzleistungen für mehr Ordnung und Sauberkeit in der Stadt betragen gerade mal 6% der Steuermehreinnahmen.“

In der Spitze wird es jetzt eine Erhöhung von ca. 18 Prozent geben. Das sind 60 Prozent weniger, als ursprünglich geplant. Eva-Maria Kröger: „Die Verwaltung ist jetzt unserem Vorschlag gefolgt und wir können im Dezember eine für alle verkraftbare moderatere Gebührenerhöhung beschließen. Der größte Teil der Gebührenerhöhung erfolgt auf Grund der Tarifierhöhungen für die Beschäftigten der Stadtentsorgung. Die wir ausdrücklich begrüßen.“

Um Fußgänger und Radfahrer in der dunklen Jahreszeit besser zu schützen, soll die Hansestadt Rostock nach dem Willen der LINKEN eine Kampagne starten. Unsere Fraktionsvorsitzende schlägt vor: „Damit die schwächsten Verkehrsteilnehmer besser geschützt werden, sollen reflektierende Signalbänder kostenlos verteilt werden.“ Als fußgänger- und radfahrerfreundliche Stadt sollte Rostock ein besonderes Augenmerk auf die gute Sichtbarkeit aller Verkehrsteilnehmer legen. „Autofahrer müssen eine Chance haben, Radfahrer und Fußgänger auch im Dunkeln gut zu sehen. Damit soll es allen durch diese Kampagne leichter gemacht werden“, so Eva-Maria Kröger. Den Antrag der LINKEN unterstützen auch die anderen Fraktionen der Rostocker Bürgerschaft, die am 4. Dezember über das Vorhaben abstimmen soll. In anderen Städten, wie Frankfurt am Main und

Aschaffenburg, laufen ähnliche Kampagnen bereits mit Erfolg.

Immer mehr Rostocker benutzen die Autos von Carsharing-Unternehmen. Finanzielle, ökologische oder ganz praktische Gründe tragen dazu bei, dass Junge und Alte kein eigenes Auto mehr haben. Doch wo dürfen sie parken? In Rostock können Autobesitzer einen Parkausweis in Wohnortnähe beantragen, wenn sie ihr Kennzeichen vorlegen. Die Fahrzeuge von Carsharing-Unternehmen stehen hingegen auf einem festgelegten Stellplatz. Von dort aus können sie abgeholt werden und dort werden sie auch wieder abgestellt (z.B. Stationen des Anbieters „Greenwheels“). Wer Carsharing macht und das Auto für mehrere Tage mietet, sollte es auch in Wohnungsnähe parken dürfen, fordert unsere Fraktion. DIE LINKE fragt nun die Verwaltung, ob das Nutzen von Carsharing-Angeboten noch attraktiver gemacht werden kann. Eine Möglichkeit wäre, Parkausweise bezogen auf die Fahrzeuge eines Anbieters auszustellen. Sprich, wer als Nutzer registriert ist, holt sich eine Bestätigung vom Carsharing-Anbieter und beantragt bei der Stadt einen Parkausweis. Die Autos dieser Unternehmen sind in der Regel gut erkennbar oder können gekennzeichnet werden. Somit wäre klar, ob der im Auto liegende Parkausweis zu dem Wagen auch passt. Ob eine rein kennzeichengebundene Vergabe sinnvoll ist, bleibt fraglich. Schließlich wechseln die Anbieter regelmäßig ihre Fahrzeuge und die Kunden selbst benutzen verschiedene Autos der Flotte. Die Anfrage liegt der Verwaltung nun vor.

[www.linksfraktion-rostock.de](http://www.linksfraktion-rostock.de)

## Politische Lyrik

*Heilig? (von Janina Niemann-Rich)*

geweihte Nacht  
im Weihrauch verraucht  
Rauschkauf raubt Sinn

*Tempolimit (von Janina Niemann-Rich)*

im Rhythmus des Lebens  
außer Takt

*Energiewende (von Janina Niemann-Rich)*

heizungslufttrocken  
Sehnsucht  
Alltag verbrannt

*Unsoziale EU (von Jürgen Riedel)*

ihr Kaltblick verungeheuert  
seit Lampedusa  
zum Blick der Medusa

*Reden des Herrn Gauck (von Jürgen Riedel)*

Wort Freiheit fühlt sich gefangen  
durch einseitige Wertung  
fühlt sich eingesperrt von der Furcht  
an Sprechblasenentzündung zu erkranken



# Veränderung beginnt in der Opposition

Auf der letzten RotFuchs-Bildungsveranstaltung für das Jahr 2013, am 21. November, war die ehemalige Ministerin für Soziales, Frau Dr. Marianne Linke, mit dem Thema: „Regierungsbeteiligung sozialistischer/kommunistischer Parteien in der heutigen Zeit“ bei uns zu Gast.

Nachdem wir in unserer Oktober-Bildungsveranstaltung bereits mit Frau Prof. Dr. Traudel Felfe mehr die Erfahrungen von linken Regierungsbeteiligungen in Finnland, Norwegen und dann in den Landesregierungen der BRD diskutierten, wurden jetzt ganz praktische Erfahrungswerte von Frau Dr. Marianne Linke vermittelt.

Sie legte eingangs sehr ausführlich dar, unter welchen Bedingungen sie 2002 Ministerin in der SPD/PDS geführten Landesregierung wurde. In einer Zeit, in der die PDS nach der ersten Wahlperiode in Regierungsverantwortung bei den Wahlen einen enormen Stimmenverlust zu verzeichnen hatte und aus dem Bundestag geflogen war und im Land selber keine Aufbruchsstimmung für eine linke Regierungsbeteiligung vorherrschte. Nicht nur in ihren Ausführungen sondern auch in der anschließenden intensiv geführten Diskussion wurde deut-

lich, dass es für den Erfolg einer linken Regierungsbeteiligung einer starken außerparlamentarischen Bewegung bedarf. Die Linke darf nicht nur mit vertreten sein, sondern muss gleichzeitig diese Regierung unterstützen, aber auch entsprechenden Druck entwickeln, so dass soziale Projekte befördert und entwickelt werden. Die Linke darf sich nicht im Parlamentarismus der BRD einrichten.

In den Ausführungen von Frau Dr. Linke wurde deutlich gemacht, dass Die Linke nicht losgelöst vom bürgerlichen System agiert und sie stets die Fragen für sich beantworten muss: Wen vertreten wir? Wohin führt unser Handeln? Wohin gehen wir?

Insbesondere wurde auch auf den Artikel 14 Abs. 1 GG (Unternehmerinteressen) und Artikel 14 Abs. 2 (Sozialbindung) hingewiesen, dass dieses in der Arbeit einen ständigen Konflikt bedeutete und immer zu einem Spannungsverhältnis mit dem Regierungspartner SPD bei der Umsetzung linker Ziele führte. Dies widerspiegelte sich u.a. gerade im Ressort Soziales, wo jegliche Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse oft vom Wirtschaftsministerium und Finanzministerium kriti-

siert bzw. abgelehnt worden sind.

In der folgenden Diskussion wurde nochmals sehr deutlich, dass es insbesondere bei einer Rot/Roten Regierung darauf ankommt, dass eine starke außerparlamentarische Bewegung die jeweiligen Minister mit trägt und sie entsprechend stark macht.

Es wurde weiterhin eindeutig das Fazit beider Veranstaltungen zu diesem Thema gezogen, dass keine Regierungsbeteiligung unter gegebenen Umständen für sinnvoll erachtet wird und dass es auch zukünftig keinerlei Kompromisse in der Friedensfrage, bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr/Polizei etc. und in der Rüstungspolitik geben darf. Und es darf mit der Linken keinen Sozialabbau geben, um nur einige der notwendigen roten Haltelinien zu nennen. Alle Beteiligten der Veranstaltung waren sich darin einig, so war es zumindest aus der Diskussion zu entnehmen, dass Veränderungen in der Oppositionsarbeit beginnen sollten.

*Carsten Hanke*

## Geburtstage im Landkreis

### Geburtstage Dezember 2013

Siegfried Goeda	BO II Bad Doberan	87. Geburtstag
Dr. Johanna Jawinsky	BO Amt Carbäk	83. Geburtstag
Christa Lange	BO Neubukow	83. Geburtstag
Günter Maibohm	BO Amt Schwaan	83. Geburtstag
Rudolf Roloff	BO Kühlungsborn	81. Geburtstag
Dirk Völpel	BO Graal-Müritz	45. Geburtstag

### Geburtstage Januar 2014

Erika Clement	BO Kammerhof Bad Doberan	81. Geburtstag
Lydia Fahed	BO Neubukow	65. Geburtstag
Lydia Gerull	BO Kammerhof Bad Doberan	89. Geburtstag
Jens-Peter Johannssen	BO Graal-Müritz	70. Geburtstag
Eva Kunde	BO Amt Schwaan	91. Geburtstag
Udo Saaran	BO II Bad Doberan	83. Geburtstag
Dr. Kurt Sasum	BO Sanitz	86. Geburtstag
Ruth Schilde	BO Amt Schwaan	88. Geburtstag
Herbert Schumacher	BO Satow	83. Geburtstag
Erika Ückert	BO II Bad Doberan	81. Geburtstag



# Geschichten üm twee Quandts

I.

Siet mien Kinnertied bün ick dortau ertreckt worn, nicks wechtausmieten, wat noch irgendwie tau bruken wier. Mien Vadder deed nich bloots ´n krummen Nagel werrer grad kloppen, uptauhägen un gelegentlich wierer tau nutzen, hei sammelte ok ut Zeitungen un Bäuker allerhand wat em erhollenswiert schien. So hett sik denn in ´n Loop von de Tied in sien Kellerwerkstäd so allerhand Bumaterial ansammelt, oewer ok, tau ´n Leedwäsen von mien „Mudding“, in uns Stubenkommod ´n Hümpel Papierkram. Vaddings krumm Nögel un oll Schruwen sünd nu all entsorgt, oewer von sien Druck- un Schriewkram künn ick mi nicht trennen.

As ick nu körtlich in de Zeitung läst heff, dat de CDU all wedder mal von denn berühmt-berüchtigten BMW-Quandt-Clan mit 690.000 Euro ´ne kräftige Wahlhülpe inheimst hett, erinnert ick mi, dat mien Vadder früher all ´mal öfter de Namen „Quandt“ in ´n Mund nehm, von de em de Ein swor in ´n Magen leeg. He säd, dat ein Günther Quandt einst Hitler anne Macht hulpen hett, mit Goebbels verschwägert wier un mit jüdisch Besitztum sowie döorch Utbeutung von Zwangsarbeiter an ´n Krieg verdeiht hett.

Ick fragt mi nu, nah ´t Läs von ein ´aktuellen Pressebericht oewer de Quandtsche Finanzsprütt´, Johrgang 2013, ob dormit woll ok de Bundeskanzlerin an ´n Afschlöphaken von de Autoindustrie hängt worden is. Ick keek ok mal bi Google in ´t Internet, un künn ünner „Quandt (Familie)“ folgendet läsen:

Seit dem Jahr 2002 spendete die Familie Quandt etwa 2 Millionen Euro an deutsche Parteien. Der größte Anteil der Spendensumme ging dabei an die CDU. Die Schwesterpartei CSU und die FDP erhielten ebenfalls Spenden. Im Oktober 2009 erhielt die CDU jeweils 150 000 Euro von Johanna Quandt, von Stefan Quandt sowie von Susanne Klatten.

Zuletzt spendeten Susanne Klatten, Johanna Quandt und Stefan Quandt am 9. Oktober 2013 jeweils 230 000 Euro an die CDU. Betrachtet man die Parteispenden der Konzerne BMW (ca. 3,7 Mio. Euro) und Altana (ca. 1,6 Mio. Euro) ebenfalls als Spenden der Familie Quandt, so zählt die Familie zu den größten Einzelspendern deutscher Parteien.

Ick ahnt all, dat mien Vadder, Johrgang 1901, de mit Nägentiehn in de SPD inträdt is un siet Gründung von ´n „Reichsbanner

ner Schwarz-Rot-Gold“, Februar 1924, as Chronist iewrig sammelt hett, mi ok noch oewer de Quandts wat mitteilen künn. In sienen Papierkram wür ick denn ok fündig. Dor hett hei taun Bispill väl oewer sienen „Kägelverein“ schräwen, denn hei un sienne Genossen gründt harn, nachdem an ´n 6. März 1933 de Reichsbanner verbaden wür. Ick sülwst kann mi noch gaud erinnern, wat för schöne Beläwnisse wi Kinner bi uns Utflüch harn: nah ´n „Poggenkraug“ in Riekdahl, denn „Zägenkraug“ in Sievershagen, un bi Oldendörp an de Warnow, taun Baden. Wihnachtsfiern in de „Tonhall“, an ´n Beginenbarg, sünd mi ok unvergätlich. Up disse Ort künn de SPD in de Nazitied ok in Rostock illegal wierer bestahn.

Mit Nahber Steinfurt, in de Strandstraat, verstün sik mien Vadder ok ganz gaud, obwoll de Kommunist wier. Un so wier dat

Schulz wull sik nich, wi de meisten SPD-Genossen in Ostdütschland, mit de KPD vereinen.

Mien Vadder makte mi denn, 1948, as ick ut de Gefangenschaft na Hus keem, klor, dat de Tausamenschluss von de beiden Volksparteien SPD-KPD de richtige Entscheidung wier, dormit sik ein 1933 nich werrerhalen süll.

Dorbi sprök he ok von Bernhard Quandt. Denn Günther Quandt schimmt he „´n Utbeuter un Naziverbräker“, denn Bernhard dorgegen, ´n „uprechten Kommunist“. Mit Bernhard un sien Partei wull hei taukünftig tausamenarbeiten.

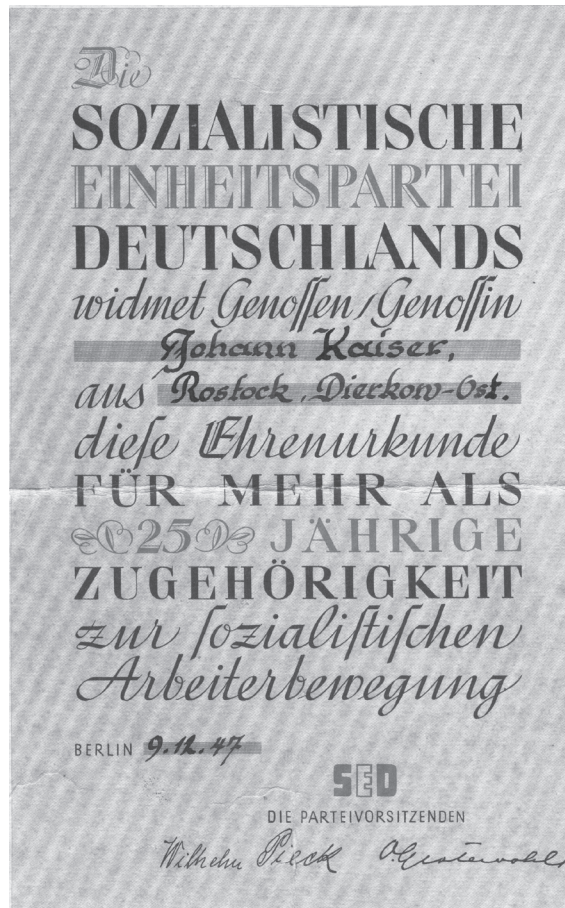
Oewer „Nazi-Quandts“ vertellte Vader mi noch:

„In Severin Kreis Parchim hett de Nazi-Kapitalisten Günther Quandt tausamen mit Hitler, denn Josef Goebbels siene Hochtied mit Magda Quandt fiert. Hitler wier Quandt dankbor, dat de mit sien Kapital de Nazis nich bloots unnerstütten deed, sonnern ok sülwst noch as aktiv Wehrwirtschaftsführer denn Faschismus forcieren deed. Disse Günther Quandt sieh also ok mitverantwortlich för de Millionen Doden un all dat Elend in und nu nah denn zweiten Weltkrieg“.

Mien Vadder vertellt mi ok noch oewer einen annern Quandt, denn Bernhard, un sien Stimm klüng glik väl fründlicher as vörher:

„Gegen denn Günther is de Bernhard, denn ick sogar persönlich kenn, ein annert Kaliber: He is einer von uns, ein Mann ut ´n Volk, ein Antifaschist, denn de Nazis in ´t KZ Sachsenhausen un Dachau quält hemm oewer nich bräken können. Ick heff em as Landrat in ´n September ´45 in Bredentin kenn´liert, as he denn historischen Grenzpahl för de ierste Niebuernparzell in de Ird rammt hett. Denn zweiten Pahl haute de Landessuperintendent, Pastor Siegert, rin. Disse symbolische Akt süll zeigen, dat de Bodenreform nich blots ´ne Saak von de Kommunisten, sonnern ein demokratische Anliggen wier. Nahstens würn an dissen denkwürdigen Dach de Niebuernstellen verlost. Bernhard stünn dor up ´n groten Feldstein un rädt oewer dissen revolutionären Schritt, wat de Bodenreform wier, un ick bün sihr stolz, dorbi wäst tau sin!“

Fortsetzung auf der nächsten Seite



för em ok kein Problem, as de Frag tau de Vereinigung von de beiden Parteien stün, dor tautustimmen. Oewer ein grote Enttäuschung bereit em denn sien Kommandeur von Rostocker Reichsbanner, Albert Schulz, denn hei in de Illegalität öfter mal in sienen Zigarrenladen, in de Fritz-Reuter-Straat, besöchte, un de nahsten as Oberbürgermeister kein Tied mehr för em har un denn sogar nahn Westen afhaute.



Dissen symbolischen Akt wiern gemeinsame Versammlungen von KPD un SPD verutgahn: „Die Bodenreform, dringeste Aufgabe der demokratischen Kräfte“, hett dat Thema heiten, wat de SPD-Zentralut- schuss un dat KPD-Zentralkomitee ver- einbort harn. Dormit wür dat einheitliche

Hanneln von de beiden Arbeiterparteien sichert un de Aktionseiheit vöran bröcht. Mien Vadder hett dortau an ´n 8. Septem- ber 1945 denn Tweiten Vörsitter von ´n SPD-Kreisvörstand Rostock, Alfred Sta- rosson, nah Langhagen, Kreis Güstrow begleitet, dorbi ok Landrat Bernhard Quandt

kennenliert, denn hei hochachtungsvull denn Ihreennamen: „Bodenreform-Pionier“ geef.

Förtsetzung in Deil II.

*Kurt Kaiser*

## Nachlese zum Internationalen Friedensfest

Ok ut Fru Rottstocks Fedder giwt Nieges. Sei hett dat Leed „Kleine weiße Friedenstaube“ von Erika Mertke in't Plattdütsch oewerdra- gen.

*Lütte witte Frädensduw*

*Lütte witte Frädensduw, fleig nu oewert Land,  
all de Minschen, grot un lütte,  
büst du wollbekannt.*

*Du sast fleigen, Frädensduw, all nu segg dat hier,  
dat nie wedder Krieg wi willen,  
Fräden willen wi.*

*Fleig nu oewert grote Wader, oewer Barg un Tal,  
bring ok alle Minschen Fräden,  
grüß se dusendmal.*

*Un wi wünschen för de Reis Freud nu un väl Glück,  
ütte witte Frädensduw,  
kumm recht bald taurüch!*

Sungen würd dit Leed von söss lütt Graal-Müritzer Gören, drei von ehr sünd Chinesen, up dat 10. Internationale Frädensfest annen 3. August 2013. Dat wier also ´ne Weltpremiere! 100 witte Duwen steegen in denn´ blagen Häwen up, nu mössten blot noch dei Glocken gahn, dacht ick, oewer dat wull dei Kirchengemeinderat von dei Lukas Kirchengemeinde je partu nich.

*Anna- Margarete Zdrenka*

P.S. Das Gedicht erschien im Windflüchter, der Informationszei- tung für Graal-Müritzer Gäste und Gastgeber.

## Ohne die Mitglieder und Sympathisanten vor Ort geht nichts

Der Kreisvorstand DIE LINKE des Landkrei- ses Rostock führte nach den Bundestags- und Landratswahlen und vor unserem Kreisparteitag zwei regionale Beratungen mit den Vorsitzenden der Basisorganisa- tionen durch. Am 04. November in Reins- hagen, daran nahm der stellvertretende Landesvorsitzende unserer Partei, Genos- se Björn Griese teil, sowie am 06. Novem- ber in Güstrow, unter Teilnahme von Prof. Dr. Wolfgang Methling, Mitglied des Partei- vorstandes DIE LINKE.

In beiden Veranstaltungen wurde eine Ana- lyse der Ergebnisse der Bundestags- sowie der Landratswahl vorgenommen und den Kandidatinnen und Kandidaten für ihren Einsatz gedankt. Zu den Plakaten gab es drei kritische Anmerkungen. Beim Groß- aufsteller Revolution war die erläutern- de Schrift zu klein. Der Osten wählt rot. KLAR! ging an den Realitäten vorbei. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern führte das Landrats-Plakat von unserem Kandidaten Andreas Reinke zu Irritationen, weil das Bild des Kandidaten fehlte.

In beiden Veranstaltungen wurde ge- schlussfolgert, dass es uns nicht in aus- reichendem Maße gelungen ist, unsere Inhalte den Wählerinnen und Wählern zu

vermitteln.

Die anwesenden Mitglieder des Kreisvor- standes baten darum, allen Genossinnen und Genossen sowie SympathisantInnen den Dank für die geleistete Arbeit und die gesammelten Spenden im Vorfeld der Wahlen auszusprechen.

In der uns jetzt verbleibenden Zeit bis zum 13. März 2014 (18.00 Uhr ist Abgabe- schluss für die Kommunalwahlunterlagen) geht es vor allem darum, die Gespräche mit den jetzigen Kommunalvertretern, egal auf welcher Ebene, fortzusetzen, um sie als Kandidatinnen bzw. Kandidaten wie- derzugewinnen.

Viele Gespräche mit unseren Genossinnen und Genossen sowie mit uns nahstehen- den Bürgerinnen und Bürgern sind erfor- derlich, um sie für den Kreistag, die Stadt- und Gemeindevertretungen als potentielle KandidatInnen zu gewinnen.

**Das dürfen wir nicht dem Zufall über- lassen! Alle Basisorganisationen müs- sen dafür ihren Anteil leisten, es ist konkret zu klären, wer mit wem spricht!**

In diesem Zusammenhang wurde festge- legt, diese Beratungen mit den Vorsitzen- den der Basisorganisationen einmal mo- natlich zu führen.

Der neu gewählte Kreisvorstand wird in seiner konstituierenden Beratung am 27. November konkrete Verantwort- lichkeiten für die BO en festlegen.

*Peter Hörnig  
Kreisgeschäftsführer*



# Herausforderungen des demografischen Wandels

Über 15 Millionen Menschen in Deutschland sind heute 65 bis 85 Jahre alt. Wer aber denkt, sie alle seien oder fühlen sich schwach, hilfsbedürftig und Antriebslos, liegt völlig falsch. Die „neuen Alten“ fühlen sich im Schnitt zehn Jahre jünger als sie sind. Die Mehrheit von ihnen führt ein aktives zufriedenes und abwechslungsreiches Leben - und will es möglichst lange weiter tun. Deshalb hat der Erhalt der Gesundheit für diese Altersgruppe höchste Priorität. Daraus lassen sich Impulse für gesellschaftliche Veränderungen ableiten, nicht zuletzt um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Das räumt mit einigen vorgefassten Meinungen ziemlich deutlich auf. In dieser Altersgruppe spielt in der Regel ein aktives Leben, in der die Familie, Hobbys, aber auch das ehrenamtliche Engagement eine große Rolle. Man sitzt nicht nur zu Hause vor dem Fernseher, im Gegenteil! Die 65 bis 85-jährigen sind im Schnitt an fünf Tagen in der Woche unterwegs, fast jeder zweite fährt bis zum Alter von 79 noch ein Auto. Die Erhaltung von Gesundheit und Autonomie ist das zentrale Thema dieser Altersgruppe. Mit steigendem Alter wächst meist die Zahl gesundheitlicher Einschränkungen, mit der sich jeder in dieser Altersgruppe auseinandersetzen muss: Sehbehinderungen, schlechtes Gehör und Probleme mit dem Kurzzeitgedächtnis erschweren den Alltag. Etwa 1,4 Millionen Menschen in Deutschland leiden an einer Demenz, deren häufigste Ursache die Alzheimer-Erkrankung ist. Genossinnen und Genossen! Wenn wir diese Begriffe hören denken wir meistens an alte, sehr verwirrte Menschen, die nicht mehr für sich selbst sprechen können und rund um die Uhr betreut werden müssen. Dieses Bild ist unvollständig, schreibt die Deutsche Alzheimer Gesellschaft in einer Broschüre. Es gilt vor allem für Menschen in einer späten Phase der Entwicklung. Menschen in einer Demenz sind noch lange sie selbst mit ihren persönlichen Stärken, mit ihren Vorlieben und Gewohnheiten. Sie haben noch an Vielem Freude und wollen weiterhin dabei sein und dazu gehören. Menschen mit Demenz brauchen Verständnis, Begleitung und Unterstützung, damit sie ihren Weg gehen können. In einer immer älter werdenden Gesellschaft geht uns die Demenz alle an. Es ist keine Krankheit von Randgruppen, sondern kann sowohl Geistig hoch stehende Persönlichkeiten treffen als auch intellektuell einfache Menschen. Ich möchte mich hier nicht mit den einzelnen Formen der De-

menz auseinandersetzen, sondern darauf verweisen, dass man rechtzeitig Weichen stellen kann, um seine grauen Zellen bis ins hohe Alter fit zu halten. Wie man sich eventuell fit halten kann, darauf gehe ich am Ende meins Artikels noch etwas näher ein. In einem Vortrag auf einer Beratung des Rostocker Seniorenbeirates erfuhr ich, wie wichtig es ist Verständnis für Menschen mit Demenz zu haben und ihnen Begleitung und Unterstützung zu geben, damit sie ihren Weg gehen können. Einen Namen vergessen, den Regenschirm liegen lassen oder nach dem richtigen Wort suchen - das passiert jedem. Häufen sich aber Aussetzer und verändert sich das Verhalten des Betroffenen, könnte er an Demenz leiden. Bei rund 70 % der Betroffenen ist die Alzheimer-Krankheit für das Vergessen verantwortlich, bei weiteren 29 % sind es Durchblutungsstörungen. Dabei steigt das Risiko mit dem Alter: Zwei von drei Patienten sind 80 oder älter. Bei vielen Demenzformen besteht ein Vorstadium mit nur leichten Störungen des Gedächtnisses, in dem die Demenzdiagnose häufig noch nicht gestellt werden kann, da nur etwa 50 % innerhalb von drei Jahren eine Demenz entwickeln, aber die Störungen bei einem Teil der Betroffenen in diesem Zeitraum wieder verschwindet. Diese Personen sollten regelmäßig eine Gedächtnisstunde (Memory Clinic) oder einen Nervenarzt/Psychiater aufsuchen. Die Veränderung der Persönlichkeitsstruktur, die räumlichen und zeitlichen Orientierungsstörungen, die Stimmungs- und Verhaltensänderungen sowie der Verlust von Eigeninitiative weisen nicht nur die unmittelbare Umgebung des Betroffenen auf eine demenzielle Erkrankung hin. Auch der Betroffene selber bemerkt, dass etwas mit ihm nicht stimmt. Er erlebt seine Krankheit als Verlust von Kompetenz, Kommunikation, Kontinuität und reagiert auf jeden Verlust unterschiedlich. Aber die Fähigkeit Gefühle wahrzunehmen, zu spüren wie andere mit einem umgehen, bleibt lange erhalten. Der Verstand und die Logik treten mehr und mehr in den Hintergrund. Dafür werden Empfindungen immer wichtiger. Die demenziell erkrankten Menschen spüren ganz deutlich, ob etwas freundlich und ruhig gesagt wurde, oder eher unfreundlich und in Hektik. Demenz kann in den meisten Fällen nicht geheilt werden. Durch entsprechende Medikamente kann der Verlauf verlangsamt werden. Er kann aber auch durch ein ausgewogenes Therapie- und Betreu-

ungskonzept günstig beeinflusst werden. Nach der Diagnose Demenz geht das Leben weiter. Menschen mit einer Demenz sind noch lange sie selbst:

- mit ihren persönlichen Stärken,
- mit ihren Vorlieben und
- Gewohnheiten.

Sie haben noch an vielem Freude, wollen weiterhin dabei sein und dazu gehören. Sie wünschen sich Aufgaben und Ziele. Sie wollen gefragt werden und mitentscheiden. Sie brauchen Verständnis und Wegbegleiter für dunkle und helle Tage, die ihre Ängste verstehen und ihnen Mut machen. Sie brauchen Zuspruch und Anerkennung, damit sie ihren Weg gehen können. Bei der Diagnose Demenz ist die Deutsche Alzheimer-Gesellschaft Landesverband Mecklenburg-Vorpommern eine gute Ansprechstelle: Schwaaner Landstraße 10, Rostock, [www.alzheimer-mv.de](http://www.alzheimer-mv.de).

Liebe Genossinnen und Genossen, in späten Jahren das Leben noch einmal richtig genießen und geistig fit sein, das wünscht sich eigentlich jeder. Eine Garantie hierfür kann uns keiner geben, doch können wir selbst viel dazu beitragen, um im Alter lange gesund zu bleiben. Nicht nur unsere Gene, sondern auch unsere Lebensweise spielen dabei eine wichtige Rolle. Körperliche Bewegung hält uns fit. Aber was können wir tun, um auch geistig auf der Höhe zu bleiben? Bei den vierteljährlichen Zusammenkünften der Jubilare in Rostock bin ich immer wieder erstaunt, wie fit manche Genossinnen und Genossen im Alter von 65 bis 90 Jahren noch sind. Nachfolgend habe ich einige Erkenntnisse aus meinen Beobachtungen zusammengetragen: Einen großen Stellenwert besitzt dabei die körperliche Bewegung in der Natur und auch im Garten. Besonders die Frauen betätigen sich dabei in Tanzkursen und sind oft noch in der Familie der Mittelpunkt und Ansprechpartner der Enkeln und Urenkeln. Für alle ist typisch, dass sie gesellschaftlich und politisch innerhalb unserer Partei oder auch in verschiedenen Vereinen aktiv sind. Sie verfolgen aufmerksam die politischen und gesellschaftlichen Ereignisse und nehmen auch darauf entsprechend ihren Möglichkeiten aktiv Einfluss. Einsamkeit ist für die Gesundheit ebenso schädlich wie Rauchen, Übergewicht und Bewegungsmangel.

*Fortsetzung auf S. 15*



## Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Dienstag, 3.12.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes	Rostock	Stephanstraße 17
Freitag, 13.12.	16:30 Uhr	3. Preisskatturnier im Charismatreff	Rostock	Fischerstr. 1
Montag, 16.12.	14:30 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen; Rosi Schichold spricht über den Kampf der fortschrittlichen Kräfte in Lateinamerika	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Str. 52
Dienstag, 17.12.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 9.1.	15:00 Uhr	Rotfuchs: Ida Schillen zum Thema Eigentum und Daseinsvorsorge	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Str. 52
Freitag, 10.1.	16:30 Uhr	4. Preisskatturnier im Charismatreff	Rostock	Fischerstr. 1
Dienstag, 14.1.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes	Rostock	Stephanstraße 17
Freitag, 24.1.	16:00 Uhr	RotFuchs: "Griechenland im finanzpolitischen und wirtschaftlichen Kollaps?"	Rostock	Waldemarstr. 33
Montag, 27.1.	16:30 Uhr	Gedenkundgebung zum 69. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee und zum internationalen Gedenktag an die Opfer des Holocaust	Rostock	Ehrenmal am Rosengarten
Dienstag, 28.1.	18:00 Uhr	Sitzung des Kreisvorstandes	Rostock	Stephanstraße 17

## Neuer SDS-Vorstand



wahlkampfes haben gezeigt, dass die Hochschulgruppe konsequent an der Seite der Linken Rostocks steht, so der neue Hochschulgruppensprecher. So arbeitet DIE LINKE.SDS Rostock intensiv an den Vorbereitungen zur kommenden Kommunalwahl im nächsten Jahr. Auch seien weitere Veranstaltungen in Planung. Als Stellvertreter für den neu gewählten Sprecher wählte die Wahlversammlung den 23-jährigen Masterstudenten Marcel Eggert, der die Forderung nach einem ausgeprägten

DIE LINKE.SDS Hochschulgruppe Rostock wählte am 15. November auf ihrer Hauptversammlung in diesem Wintersemester einen neuen Vorstand. Der neu gewählte Sprecher der Hochschulgruppe ist der 24-jährige Lehramtsstudent Christian Albrecht. Dieser betonte, dass er die Arbeit des Studierendenverbands weiter intensivieren und im Hochschulstandort Rostock sichtbar machen möchte. Die Anstrengungen während des Bundestags-

Jugendwahlkampf im nächsten Jahr nochmals unterstrich. Auch in diesem Semester verzeichnete die Hochschulgruppe wieder einige Neuzugänge.

Sandro Smolka

## Demografischer Wandel

Fortsetzung von S. 14

In unseren Basisgruppen sollten Menschen, die sich zurückgezogen haben, in dieser oder jener Form ermuntert werden, sich wieder in die Gemeinschaft einzugliedern. Auch regelmäßige Kontakte zu ihnen können dabei förderlich sein. Oft wird die Schuld für die mentale Einsamkeit bei anderen gesucht. Ich rate dazu, sich einmal selbst zu befragen. Welche Ansprüche habe ich und sind sie gerechtfertigt oder vielleicht überzogen? Nach meiner Meinung ist es immer wichtig, Anderen Zuwendung und Interesse zukommen zu lassen. Wenn wir Hilfsbereitschaft zeigen ohne Gegenleistungen zu erwarten - dann beschenken wir uns auch selbst. Nicht jeder der alleine lebt ist einsam. Doch für diejenigen, die ohnehin zu Rückzügen neigen, sind eingeschränkte Sozialkontakte ein Risiko. Echte Freundschaften und verbindliche Kontakte kosten Zeit und manchmal auch Mühe. Die man nicht scheuen sollte.

Karl-Ludwig Spengler  
Vorsitzender der AG Seniorenpolitik HRO

## Die Linke.SDS Rostock zur Eröffnung eines Ehrenpromotionsverfahrens für Edward Snowden

Die Philosophische Fakultät der Universität Rostock beabsichtigt, ein Ehrenpromotionsverfahren für den amerikanischen Whistleblower Edward Snowden zu eröffnen. Snowden, der momentan politisches Asyl in Russland genießt, trug durch seine Enthüllungen dazu bei, globale Überwachungs- und Spionagenetze der US-amerikanischen NSA offen zu legen, welche auch keinen Halt vor Abhörmaßnahmen gegen angebliche Verbündete wie Deutschland machte. Dabei reiht er sich in die Tradition anderer Whistleblower wie Daniel Ellsberg ein, der mit seiner Veröffentlichung geheimer Pentagon-Papiere in den siebziger Jahren ebenfalls Machenschaften der US-Regierung offen legte und eine große Kontroverse anstieß.

DIE LINKE.SDS Rostock dazu: Das Bedürfnis nach allumfassender Sicherheit darf nicht so weit gehen, dass jeder Mensch weltweit unter Generalverdacht gerät und unveräußerliche, demokratische Werte und Freiheiten außer Kraft gesetzt werden. Menschen wie Snowden tragen dazu bei, dass das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit, das immer mehr in Schieflage geraten ist, in das Bewusstsein aller Menschen Einzug halten und kritisch hinterfragt werden kann. Vorwürfe der Schädigung von nationalstaatlichen Interessen treten im Hinblick auf die weltweite und tiefgreifende Spionage und Verletzung von als ureigen proklamierten Grundwerten und Freiheitsrechten einer Demokratie schlicht in den Hintergrund. Gewissen und moralisches Handeln in den Vordergrund zu stellen und der erbrachte Einsatz für staatliche Transparenz, Privatsphäre und bürgerliche Grundrechte rechtfertigen die Einleitung eines Ehrenpromotionsverfahrens für Edward Snowden.

Während die Bundesregierung ein politisches Asyl für Snowden ablehnt und sich mit ehrenden Schritten über die Aufdeckung derart ungeheurer Ausspähaktionen schwer tut, unternimmt die Philosophische Fakultät einen großen und richtigen Schritt. DIE LINKE.SDS Rostock begrüßt deshalb die Eröffnung dieses Verfahrens der Universität zur Ehrung eines Mannes, der unter Eingehen großer, persönlicher Risiken einen großen Dienst für Freiheit und Transparenz getan hat.

Marcel Eggert, stv. Hochschulgruppensprecher Die Linke.SDS Rostock

# Axel Troost in Rostock

Von 1990 bis 2002 arbeitete Axel Troost in Rostock. Heute sitzt er für die LINKE im Bundestag, ist finanzpolitischer Sprecher der Fraktion und stv. Parteivorsitzender. Am 11.11. weilte er auf Einladung des Stadtteilverbandes Hansaviertel-Gartenstadt in Rostock, um den anwesenden Genossen die Finanzkrise zu erklären.

Es habe noch nie ein Thema gegeben, das so kompliziert sei, warnte Genosse Troost bereits am Anfang. Mehr als die Hälfte der Bundestagsabgeordneten würden die Krise nicht verstehen (einschließlich der Linksfraktion) und deshalb einfachen Lösungen hinterherlaufen oder ganz resignieren.

Grob vereinfacht gibt es drei Ursachenbündel für die Krise: Da sind etwa die hausgemachten Probleme. Griechenland leistet sich exorbitante Rüstungsausgaben, aber keine effiziente Steuerverwaltung. In Spanien gibt es zwei Millionen nicht verkaufte Immobilien, deren Bau von Banken finanziert wurde, die nun ihr Geld nicht zurückbekommen.

Eine weitere Ursache der Krise ist die stark gewachsene Kontrolle der Finanzmärkte (z.B. die Ratingagenturen) über die Staaten. Es gibt keine vernünftigen Konditionen für die Kreditaufnahme mehr. Insofern ist die Staatsschuldenkrise eigentlich eine Staatsfinanzierungskrise, so Genosse Troost. Paradox: Der Staat benötigt aber dringend Kredite, um Banken zu retten.

Die gemeinsame Währung verschärft das Problem, denn der EURO ist eine Fehlkonstruktion. Es fehlt eine gemeinsame Wirtschaftspolitik im Euroraum, mit der man Fehlentwicklungen korrigieren könnte. Deutschland ist der Motor einer ungleichmäßigen Entwicklung, insbesondere mit seinem Lohndumping. Deutschland ist das einzige Land in der EU mit einer negativen Reallohnentwicklung.

Deutschland ist nicht nur in Teilen Ursache der langanhaltenden Krise, sondern verhindert auch eine Lösung des Problems. Schon die deutsche Geschichte (Brünings Deflationspolitik) hätte uns eigentlich lehren müssen, dass die Wirtschaft mit einer Austeritätspolitik nicht auf die Beine kommt. Bis heute sind die Löhne in Griechenland um 30 % gekürzt worden; in Deutschland würde dies auf eine Summe von 317 Milliarden Euro hinauslaufen. Die Binnennachfrage bricht zusammen, die Haushaltsdefizite werden immer größer. Logisch! Deshalb lehnte DIE LINKE Sparpakete ab. Anders als die SPD, gegen deren Zustimmung zum EU-Fiskalpakt die

Einführung von Hartz-IV eine Lappalie gewesen sei, so Axel Troost.

Und nun die Alternativen: Statt nur zu sparen muss investiert werden. Selbst dann wird die Revitalisierung der Wirtschaft in Südeuropa 15-20 Jahre benötigen. Die Finanzierung des Staates muss von den Finanzmärkten abgekoppelt und die Schuldenaufnahme der Euro-Staaten vergemeinschaftet werden (die Schuldenaufnahme, nicht die Schulden!). Die Europäische Zentralbank soll in gewissem Umfang Kredite vergeben dürfen. Der Bankensektor muss endlich reguliert werden, hier ist bisher fast gar nichts geschehen. Millionäre müssen eine Vermögensabgabe zahlen, Banken eine Bankenabgabe. Mittels einer Finanztransaktionssteuer müssen die Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden. Banken sollten nur noch Finanzprodukte verkaufen dürfen, die vorher genehmigt wurden. Jeder Fön durchläuft einen gründlichen Prüfungsprozess, ehe er verkauft werden darf. Anders bisher bei Finanzprodukten!

Würde die Linke ihr Steuerkonzept durchsetzen, könnte allein der Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern mit einem Plus von 500 Millionen Euro rechnen, die Gemeinden in MV mit 190 Millionen. Schuldenabbau hat für Axel Troost keinen Vorrang. Zu groß ist der Aufwand, um von diesem gigantischen Schuldenberg wieder runter zu kommen.

Zum Abschluss setzte sich Axel Troost auch mit seiner Meinung nach irrigen Ansichten innerhalb der Linkspartei auseinander. Er und Sahra Wagenknecht bilden innerhalb der Bundestagsfraktion zwei unterschiedliche Pole. Schuldenschnitte z.B. lehnt Axel Troost ab, da hiervon auch Pensionsfonds u.ä. betroffen wären. Eine Verstaatlichung von Banken sieht er kritisch, da sich der Staat damit eine Menge Probleme aufhalst. Genosse Troost ist froh, dass sich Oskar Lafontaine zum Euro nicht mehr äußert. Eine Auflösung des Euro wäre wie der Versuch, aus einem Rührei wieder die einzelnen Eier zu gewinnen.

An der Veranstaltung bei der Volkssolidarität in der Bremer Straße nahmen gut 30 Gäste teil. Der Termin 15 Uhr war sicherlich nicht glücklich gewählt, da Berufstätige und Studierende dann ausgeschlossen bleiben. Trotzdem ergab sich eine lebhaftere Debatte, in der die Genossen mit viel Sachverstand glänzten.

Carsten Penzlin

## Up un Dal



**Gewinner:** Unsere Genossin Dorothee Barndt hat mit ihrem hartnäckigen Engagement viel zum Erhalt des Winkeltreffs in Lütten-Klein beigetragen. Und das ist nur ein Teil ihrer vielfältigen Aktivitäten. Dafür gebührt ihr unser Dank!

**Verlierer:** Die CSU wählt Horst Seehofer mit 95 % zu ihrem Chef, obwohl dieser Egomane für seine Partei nur Verachtung übrig hat. Eine Partei gibt sich auf!

## Monatszitat

„Noch so ein Sieg, dann sind wir wieder nahe bei 5 %.“ Dietmar Bartsch, der nicht einverstanden ist mit der Selbstzufriedenheit über das Abschneiden der Linken bei der Bundestagswahl.

## Monatszähl

Zehn Millionen Dollar hat das US-Verteidigungsministerium in den vergangenen Jahren deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Rüstungsforschung zur Verfügung gestellt.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wie heißt die neue LINKE-Kreisvorsitzende im Landkreis Rostock?
2. Wer wurde in Greifswald im Amt der Landesvorsitzenden bestätigt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 31.01.2014**